

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 49 (1974)

Heft: 7

Vorwort: Liebe Leser

Autor: Herzig, Ernst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Inserate und Abonnemente:

Zeitschriftenverlag Stäfa, 8712 Stäfa
Tel. (01) 928 11 01, Postcheckkonto 80 - 148

Verlagsleitung: Tony Holenstein

Redaktion:

Ernst Herzig, Inselstrasse 76, 4057 Basel, Tel. (061) 33 06 75

Herausgeber:

Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat»

Präsident: Georges E. Kindhauser,

Glaserbergstrasse 63, 4056 Basel, Tel. (061) 43 48 41

Schweizer Soldat

Die Monatszeitschrift für Armee und Kader

Erscheint Anfang Monat

Jahresabonnement: Schweiz Fr. 18.—, Ausland Fr. 27.—

49. Jahrgang Nummer 7 Juli 1974

Liebe Leser

Es ist nun doch schon wieder einiges Wasser aus dem Vierwaldstättersee in die Reuss geflossen, seit in Luzern der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Sachen Armee und Landesverteidigung Beschlüsse gefasst hat, die in dieser Partei selbst und vor allem aber ausserhalb nicht so ohne weiteres zu verkraften sind. Die zeitliche Distanz erlaubt es, einige dieser Beschlüsse nüchtern zu analysieren. Zunächst ist einmal festzustellen, dass die Militärkommission der SPS und der Parteivorstand zur «Inneren Führung der Armee» Anträge formuliert haben, die im grossen und ganzen doch ausgewogen und vernünftig gewesen wären und über die man konstruktiv hätte diskutieren können.

Einige Anträge der Militärkommission SPS und des Parteivorstandes an die Delegierten des Luzerner Parteitages

- Eine freie Information der Wehrpflichtigen.
- Gewährleistung der freien Meinungsäußerung, des Petitionsrechtes sowie des Rechtes, sich ohne Störung des Dienstbetriebes nach dem Hauptverlesen frei zu versammeln und frei politisch zu betätigen.
- Unterbindung jeder einseitigen Beeinflussung — kontradiktorischen Referenteneinsatz in den Veranstaltungen von Heer und Haus.
- Jede sachliche Kritik ist als Form der Zusammenarbeit ernst zu nehmen. Der Vorgesetzte nimmt sie zum Anlass gründlicher Aussprache und rechtfertigt gerade dadurch seine Stellung.
- Die militärische Ausbildung soll sich nach erzieherischen Gesichtspunkten ausrichten und die Mündigkeit der Wehrmänner respektieren. Die Ausbildungszentren der Armee sollen nach diesen Gesichtspunkten entwickelt und ausgebaut werden.
- Ziel jeder militärischen Ausbildung ist die Gewinnung eines realistischen Kriegsbildes, nicht eines einseitigen Feindbildes. Nur realistische Wehrbereitschaft, die jeden Dilettantismus ausschaltet, wird ernst genommen, nicht aber rein verbaler Patriotismus.
- Der Parteitag der SPS erinnert an die am Parteitag in Interlaken bereits angenommene Forderung der Einführung eines Ombudsmannes. Die Schwierigkeiten, den Boden für Reformen zu lockern, legen es nahe, eine freie Diskussion wirklich zu sichern. Überall, wo zwischen Volk einerseits und Verwaltung und Wirtschaft andererseits Lücken klaffen und Missverständnisse auftauchen, muss nach neuen Möglichkeiten der Verständigung gesucht werden. Die Armee darf nicht in einem «militärischen Getto» leben.
- Der Parteitag fordert die Abschaffung der Militärjustiz. Für die Untersuchung und für die Beurteilung der im Zusammenhang mit der Erfüllung der militärischen Dienstpflicht begangenen Delikte sind die ordentlichen zivilen Gerichte zuständig. Gegen die Urteile kantonaler Gerichte ist die Nichtigkeitsbeschwerde an das Bundesgericht zulässig.
- Der Parteitag wiederholt die Forderung nach einer Gesamtrevision des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung.
- Der Strafvollzug ist für alle Wehrmänner gleich.
- Militärische Disziplinarfälle sind nach wie vor durch den Truppenkommandanten zu erledigen. Dienst- und Disziplinarbeschwerden sind durch die nächsthöheren militärischen Vorgesetzten zu beurteilen.

SPS die Bundeswehr ebenfalls besucht und den Begriff «Innere Führung» übernommen hätten, wenn in der BRD statt eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers ein CDU/CSU-Mann an der Spitze dieses Amtes gestanden wäre?

Die Delegierten des Parteitages indessen haben das Militärprogramm von Kommission und Vorstand mit erdrückender Mehrheit verworfen und dafür die Gegenanträge einiger linksradikaler Zürcher Genossen zum Beschluss erhoben.

Militärkommission und Parteivorstand haben sich im zweiten Anlauf bemüht, den Delegierten eine Platte von Anträgen schmackhaft zu machen, die einer sachlichen Aussprache würdig gewesen wären. Aber das Parteivolk hat solchem Gericht eine scharfe und auch gehörig versalzene Minestrone vorgezogen. Was nützt es da, wenn hinterher Parteioffizielle offensichtlich verlegen erklären, dass «diese Suppe wohl kaum so heiss gegessen werde». Eine klare und unzweideutige Abgrenzung gegenüber dem Linksradikalismus in den eigenen Reihen und ein unmissverständliches Bekennen zur Armee durch die Parteileitung wären glaubhafter und nützlicher gewesen. Beides steht aber bis heute aus*. Besonders übel muss auch die Abqualifizierung des neu ernannten Ausbildungschefs, Korpskommandant Lattion, als «erzreaktionärer Militarist» vermerkt werden.

Es fehlt der Raum, um alle Forderungen des Parteitages zu analysieren und zu kommentieren. An der Katalogspitze steht die Abschaffung der Sektion Heer und Haus in Friedenszeiten. Damit hat der Parteitag auch der «Inneren Führung» eine klare Absage erteilt. Das geschah in einem Zeitpunkt, da die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten die politische «Erziehung» der Wehrmänner aller Grade in einem nie bekannten Ausmass intensivieren und auch die vormilitärische «Wehrerziehung» der Jugend (einschliesslich Kindergarten) verstärken. Unseren Lesern sei es überlassen, aus dieser Gegenüberstellung der Sachverhalte ihre Folgerungen zu ziehen.

Zum zweiten fordern die Delegierten die Einstellung aller staatlichen Unterstützung für militärische Vereine, militärische Zeitschriften, Privatvereine, private

* Inzwischen hat Richard Müller in der Basler «AZ» unter der Überschrift «Verschleuderung politischer Substanz» in erfreulicher Offenheit die Militärbeschlüsse des Luzerner Parteitages scharf kritisiert. — In der «Schweizer Schützen-Zeitung» vom 7. Juni 1974 ist er vom Basler Sozialdemokraten Hans Burri kräftig sekundiert worden.

Niemand wird behaupten wollen, dass das, was die SPS entsprechend der in der deutschen Bundeswehr üblichen Terminologie «Innere Führung» nennt, keiner Verbesserung bedürfe. Ich frage mich in diesem Zusammenhang nur, ob die Militärspezialisten der

Das sind die am Luzerner Parteitag der SPS zum Beschluss erhobenen Forderungen an die Armee

- Die Abschaffung der Sektion Heer und Haus in Friedenszeiten.
- Das Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht der Soldaten und Unteroffiziere in allen Bereichen der Information und der staatsbürgerlichen Erziehung und die freie Lektüre der Soldaten und deren Weitergabe an Dienstkameraden.
- Die Einstellung aller staatlichen Unterstützung für militärische Vereine, militärische Zeitschriften, Privatvereine, private Publizisten, Public-Relations-Agenturen, welche die Öffentlichkeit politisch zu beeinflussen versuchen.
- Eine grundlegende Änderung der Behandlung Oppositioneller in der Armee. Die SPS schafft eine Stelle, welche sich insbesondere mit dem Problem der Versetzung und Nichtbeförderung von politisch nicht genehmen Wehrmännern befasst.
- Die sicherheitspolitische Kommission der SPS wird beauftragt, Dokumentationen zur Frage des militärisch-industriellen Komplexes, der Rüstungsindustrie und der innenpolitischen Funktionen der Armee zusammenzustellen und die Partei und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.
- Eine Demokratisierung des Dienstbetriebes, was Sold, Bekleidung, Verpflegung, Unterkunft und Umgangsformen betrifft. Militärisch nicht funktionale Statussymbole sind abzuschaffen, und die militärische Hierarchie ist funktionaler zu gestalten.
- Mitbestimmung der Soldaten in Fragen der Ausbildung, der Wach-einteilung und Dienstplangestaltung.
- Demokratisierung der Beförderungspraxis. Wer sich im Ausbildungsdienst des Auszugs bewährt hat, soll noch in Landwehrdiensten befördert werden können.
- Gleicher Strafvollzug für alle Wehrmänner.
- Die Abschaffung der Militärjustiz (gemäß Beschluss des Parteitages in Interlaken) und eine Gesamtrevision des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung. Politische Gesinnung darf nicht mehr strafverschärfend wirken.
- Die Wahl von Vertrauensleuten durch die Einheitsangehörigen zur Information und besseren Wahrung der Rechte der Soldaten. Die Vertrauensleute verschiedener Einheiten sollen zur Wahrung ihrer Interessen zusammenarbeiten. Die Soldaten werden nicht mehr durch Offiziere, sondern durch die Vertrauensleute über ihre Rechte und Pflichten informiert.
- Das Parlament wählt auf vier Jahre einen Wehrbeauftragten, der von Parlament und Verwaltung unabhängig die Aufgabe übernimmt, die Vertrauensleute zu beraten und ihre gegenseitige Zusammenarbeit zu fördern und zu organisieren. Er verfasst alljährlich zuhanden der Öffentlichkeit und des Parlaments einen Bericht. Der Wehrbeauftragte erhält genügend finanzielle und personelle Mittel zur Durchführung seiner Aufgabe.
- Mitbestimmung der Soldaten im Disziplinarstrafwesen.
- Die Reform des Beschwerderechtes und seiner Ausübung. Zur Behandlung aller Dienst- und Disziplinarbeschwerden in zweiter Instanz ist eine von der Truppe unabhängige richterliche Rekursinstanz zu bezeichnen. Deren Entscheid ist endgültig.
- Die Einführung der kollektiven Beschwerde.
- Gewährleistung der freien Meinungsäußerung, des Petitionsrechtes sowie des Rechtes, sich während der Freizeit frei zu versammeln und politisch zu betätigen.
- Der Parteitag stellt sich nachdrücklich hinter die Forderung nach der Einführung eines Zivildienstes für Wehrmänner, die ihre militärische Dienstpflicht aus Gewissensgründen nicht leisten können. Auch die politische Überzeugung ist als Verweigerungsgrund anzuerkennen. Nachdem die Grundsätze des Zivildienstes anerkannt sind, verlangt der Parteitag die Sistierung aller Dienstverweigerungsprozesse bis zur Einführung des Zivildienstes. Die Mitglieder der SPS in Militärgerichten werden eingeladen, in der Militärjustiz nicht mehr mitzuwirken.

Delegierten im Hinblick auf ihre Presse von den schweizerischen Militärzeitschriften einiges lernen! Falls der Luzerner Parteitag also glaubte, die militärischen Blätter unseres Landes mit der Forderung auf Einstellung einer nie gewährten und nie verlangten staatlichen Unterstützung mundtot machen zu können, so hat dieser Türk den Zweck desselbigen nicht erfüllt!

Anders verhält es sich mit einigen militärischen Landesverbänden. Der Schweizerische Unteroffiziers-Verband wird meines Wissens vom EMD mit einer jährlichen, von den eidgenössischen Räten sanktionierten Subvention in der Höhe von Fr. 150 000.— bedacht. Mit diesem Geld finanziert der mit über 21 000 Mitgliedern zweitgrösste, aber bei weitem aktivste militärische Landesverband zunächst sein Zentralsekretariat. Das meiste Geld aber wird für die ausserdienstliche Ertüchtigung der Mitglieder ausgegeben, und zwar in Form von Rückvergütung für die Ableistung des vorgeschriebenen Jahresprogramms. Diese Rückvergütung kommt voll und ganz den Sektionen zugute.

Wer in Fragen der Kaderausbildung einigermassen Bescheid weiss und die kurzen Ausbildungszeiten in unserer Armee kennt, und wer darüber informiert ist, welche entscheidende Rolle dem unteren Führer im modernen Krieg zukommt, der mag ermessen, wie eminent wichtig die ausserdienstliche Tätigkeit des SUOV (und der anderen militärischen Landesverbände) für unsere Armee ist. Trotz der Subvention durch das EMD hat jedes einzelne Mitglied des SUOV noch erhebliche zusätzliche Opfer an Zeit und Geld zu erbringen, um sich ausserdienstlich jene Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, die eine kampfstarke und kriegstüchtige Armee bei ihren Führern voraussetzt — die ihnen aber unsere Armee in den kurzen Dienstzeiten nicht vermitteln kann. Nämlich man, dem Willen des SPS-Parteitages gehorchein, dem SUOV die Subvention weg, müsste man die Freiwilligkeit durch das Obligatorium ersetzen. Mit anderen Worten: Anstelle von Fr. 150 000.— müssten wohl Millionen aufgewendet werden, um einen Teil dessen zu erreichen, was bis jetzt aus freiem Willen und mit persönlichen Opfern erbracht wurde.

Aber darüber haben sich die Radikalinsis aus Zürich und die ihnen zuzubelnden Delegierten anscheinend keine Gedanken gemacht. Ihnen ging es a priori nicht um solche Dinge, sondern um die Zerstörung der Armee. Dazu gehört, dass man vorab die militärischen Verbände mundtot macht und ihre Existenz untergräbt. Dass es gerade beim SUOV sehr viele Arbeiter — Gewerkschafter und Sozialdemokraten — gibt, die sich aktiv betätigen, hat den Parteitag offenbar auch nicht gestört.

Es scheint mir in mehrfacher Hinsicht schade und bedauerlich zu sein, dass die grösste Partei unseres Landes im Hinblick auf die Armee in Luzern ihre Weichen derart falsch gestellt hat.

Mit freundlichem Gruss

Ihr
Ernst Herzog